

Berichterstattung 2023 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Frühjahrstagung 2023)

Bericht der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 24. März 2023

Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (nachfolgend IPBK)¹ trafen sich am 24. März 2023 zur halbjährlichen Konferenz im alten Rathaus in Lindau (Freistaat Bayern). Unter der Leitung von Karl Freller, erster Vizepräsident des Bayerischen Landtags und Vorsitzender der IPBK, nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg, der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau und Zürich sowie des Fürstentums Liechtenstein und leitende Mitarbeitende der Parlamentsverwaltungen an der 59. Sitzung der IPBK teil. Das Ziel der IPBK ist, die Anliegen der Bevölkerung in der Bodenseeregion aufzunehmen, die Standortattraktivität zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Sie fördert ausserdem den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit der Parlamente auf regionaler Ebene. Die grosse Teilnehmerzahl zeigte deutlich, dass die Bodenseeregion eine grosse wirtschaftliche, gesellschaftliche und emotionale Bindung aufweist.

Im Zentrum der Tagung stand das Thema Jugend und Jugendbeteiligung. Dazu gab es eine Vorstellung der Kinderkommission des Bayerischen Landtags und verschiedene Impulsreferate u.a. des Präsidenten des Jugendparlamentes der Kantone St.Gallen und beider Appenzell. Weiter beschäftigte sich die IPBK mit der Berichterstattung der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK).

Referate zu den verschiedenen Themen

Nach der Eröffnung der Sitzung begrüsst Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin von Lindau, die Teilnehmenden. Sie machte Ausführungen zum alten Rathaus und zum geschichtsträchtigen Ort Lindau und verglich die Geschäftsführung des Rates von heute mit jener im 15. Jahrhundert. Es zeigte sich, dass die Themen und Probleme zwar unterschiedlich, aber im Kern doch sehr ähnlich sind. Zudem wies sie darauf hin, dass Lindau ein offenes Jugendkonzept geschaffen hat. Es gibt eine Jugendwerft², in der die Jugendlichen über Themen debattieren können. Dafür stellt Lindau einen Jugendkredit über 20'000 Euro zur Verfügung.

Tanja Schorer-Dremel, Vorsitzende der Kinderkommission des Bayerischen Landtags, stellte die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag (Kinderkommission, abgekürzt KiKo)³ vor. Der Bayerische Landtag ist eines der wenigen Parlamente in Deutschland, das über eine Kinderkommission verfügt. Erstmals wurde die KiKo in der Wahlperiode 2008–2013 eingesetzt; sie hat bis heute Bestand. Die KiKo besteht aus sechs Abgeordneten, wobei jede Fraktion je ein Mitglied entsendet. Die KiKo versteht sich als Ansprechpartnerin für alle Familien, Kinder und Jugendlichen sowie alle Einrichtungen und Organisationen, die sich für die Wahrung von deren Belangen einsetzen. Gleichzeitig sieht sie es als ihre Aufgabe, die Öffentlichkeit für die Anliegen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren und ihnen eine parlamentarische Stimme zu geben. Die KiKo sorgt dafür, dass Rechte der Kinder rechtzeitig berücksichtigt werden. Die KiKo hat sich in den letzten Jahren zu folgenden

¹ Für weitere Informationen siehe www.bodenseeparlamente.org.

² Für weitere Informationen siehe <https://www.stadtlindau.de/B%C3%BCrger-Politik-Verwaltung/B%C3%BCrgerbeteiligung/Jugendwerft>.

³ Für weitere Informationen siehe <https://www.bayern.landtag.de/parlament/gremien/kinderkommission>.

Themen eingebracht: Einbezug der Kinderrechte in der Verfassung (Arbeit ist noch nicht abgeschlossen), Verbot von Kinderehen, Etablierung der Kinderhospiz-Arbeit, Gesprächsforum Kinderrechte sowie Austausch mit der Kiko auf Bundesebene oder mit der Kofi-Annan-Stiftung der Vereinten Nationen. Zuletzt wurde auch der Bericht über Kindergesundheit durch den Gesundheitsminister in der KiKo beraten. Da alle Fraktionen in der KiKo und weiteren Kommissionen vertreten sind, können die Ergebnisse optimal in die parlamentarische Arbeit aufgenommen und dort verankert werden.

Kinderkommission – Empfehlung

Die Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz empfiehlt, die Einführung einer Kinderkommission im St.Galler Kantonsrat zu prüfen oder eine Interessengruppe (IG) Kinder und Jugendliche zu gründen.

Geschäftsführerin Gabriele Weitzmann referierte zum Bayrischen Jugendring⁴. Der Bayrische Jugendring ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Jugendorganisationen in Bayern. Er wurde im Jahr 1947 gegründet und bietet bundesweit eine einmalige Form der Partizipation. Das Ziel ist, sich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einzusetzen sowie die Zusammenarbeit mit Verbänden, öffentlichen Stellen, Institutionen und Organisationen zu fördern. Der Jugendring wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Judith Fesser, Programmkoordinatorin der Stiftung zur Förderung des Internationalen Jugendaustauschs⁵, informierte über das Ziel und die Aufgaben der Stiftung. Jeder junge Mensch in Bayern soll die Möglichkeit erhalten, einmal an einem Jugendaustausch teilzunehmen. Die Stiftung erhielt für zehn Jahre 30 Mio. Euro Finanzmittel und soll den internationalen Jugendaustausch fördern. Die Stiftung ist dem Bayrischen Jugendring angegliedert. Aus der Mitte der Delegierten wurde darauf hingewiesen, dass ein solcher Austausch in der Schweiz schon lange Tradition hat, die Mittel dafür aber wesentlich tiefer sind.

Konstantin Hälg, Präsident des Jugendparlamentes SG AI AR, präsentierte das Jugendparlament (Jupa)⁶. Das Jupa wurde Ende der 1990er-Jahre gegründet. Das Jupa betreibt politische Bildung von Jugendlichen für Jugendliche und nimmt Stellung zu politischen Fragen, welche die Jugend betreffen. Dazu werden u.a. Politik-Crashkurse, Workshops, Parlaments- und Schulbesuche organisiert und zudem findet zweimal jährlich eine Jugendsession statt. An diesen Sessions nehmen rund 80 junge Personen sowie ehemalige und aktive Politikerinnen und Politiker teil. Am Morgen findet jeweils ein Workshop statt, am Nachmittag folgt die Session. Ausfluss aus der Session sollten jeweils Forderungen, offene Briefe oder Fragen an die Regierungen oder an die Parlamente sein, die von der Politik (wenn möglich) aufgenommen werden.⁷ Mit den Kantonen bestehen Leistungsvereinbarungen und das Jupa wird finanziell unterstützt.

Bericht und Information der IBK

Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer der IBK, informierte über die aktuellen Schwerpunkte der IBK. Einer davon ist die Umsetzung der IBK-Strategie 2023–2027, die u.a. einen Fokus auf die «nachhaltige Mobilität über Grenzen» sowie die «Jugendarbeit» legt. Der aktuelle IBK-Vorsitzende Bayern legt seinerseits den Schwerpunkt auf «Bodensee auf dem Pfad zur Klimaneutralität» (z.B. emissionsfreie Schifffahrt), die grenzüberschreitende Mobilität (BodanRail 2045, E-Charta und 40 Jahre Bodensee-Radweg) sowie die Etablierung des Bodensees als Modellregion (Regierungskommission Bodensee).

⁴ Für weitere Informationen siehe <https://www.bjr.de>.

⁵ Für weitere Informationen siehe <https://jugendaustausch.bayern>.

⁶ Für weitere Informationen siehe <https://jupasgaiar.ch>.

⁷ Siehe dazu die Einfache Anfrage 61.23.08 «Dem Jugendparlament eine Stimme geben».

Die Arbeitsgruppe Jugendengagement der IBK⁸ betreut das Thema Jugend schon lange. Die Kommission Gesundheit und Soziales setzt sich neu verstärkt für den Austausch junger Menschen in der Bodenseeregion ein. In der Arbeitsgruppe arbeiten Fachpersonen der Jugendarbeit mit den Jugendlichen zusammen. Den Vorsitz hat das Fürstentum Liechtenstein. Aufgrund der IBK-Strategie wurde das Projekt «Next Generations» gestartet sowie eine Arbeitsgruppe Bildung gegründet, die das gemeinsame Verständnis von Schülerinnen und Schülern in der Bodenseeregion fördern will. Die Schulen in den Kantonen und Ländern sollen über diese Arbeitsgruppe informiert werden. Zuletzt wies Klaus-Dieter Schnell auf die Möglichkeit hin, über den IBK-Kleinprojektfonds⁹ Mittel für Begegnungsprojekte und Kleinprojekte zu beantragen.

⁸ Für weitere Informationen siehe <https://www.bodenseekonferenz.org/de/themen/gesundheits-und-soziales/ag-jugendengagement>.

⁹ Für weitere Informationen siehe <https://www.bodenseekonferenz.org/de/foerderung/kleinprojektfonds>.